

	Maßnahme	Auswirkung in 2013 in Euro	Jährliche, strukturelle Auswirkung ab 2017 in Euro
1	Effizienzsteigerung der Landesverwaltung <ul style="list-style-type: none"> • 2% der jährlichen Verwaltungsausgaben Kürzungen bei der Regierungs-PR • 20% der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit 	-60 Mio.	-60 Mio.
2	Schrittweise Kürzung von Landesförderprogrammen und landesgesetzlichen Leistungen (ohne Kommunen) um 20 Prozent <ul style="list-style-type: none"> • durch konkrete Maßnahmen • pauschal in 5 Schritten zu 4% 	-116 Mio.	-580 Mio.
3	Minderausgaben durch niedrigeres Zinsniveau als bei Haushaltsaufstellung	-55 Mio.	
4	Begrenzung der Personalausgaben durch Demografie-Quote von 1,5 Prozent in der allgemeinen Verwaltung und im Overhead (nicht bei Schule, Polizei, Justiz, Finanzverwaltung; dort spezifische Konzepte) Wiedereinführung Landesamt für Personaleinsatzmanagement	-32 Mio.	-35 Mio.
5	Schulverwaltungsassistenten flächendeckend einführen <ul style="list-style-type: none"> • In 2013: 600 SchulVA anteilig für ½ Jahr • Bis 2017 aufwachsend auf 3.000 SchulVA 	+1,5 Mio.	+15 Mio.
6	Dadurch Einsparungen im Schulbereich <ul style="list-style-type: none"> • In 2013 um 0,5% anteilig für ½ Jahr • Aufwachsend bis 2017 	-24 Mio.	-300 Mio.
7	Verzicht von 38 Stellen für das staatsnahe Landesinstitut und Unterstützungsagentur für Schule (LIUNA NRW)	-2,5 Mio.	-2,5 Mio.
8	Modellprojekt Polizeiverwaltungsassistenten <ul style="list-style-type: none"> • In 2013: 200 PolizeiVA • Bis 2017 aufwachsend auf 1.000 PolizeiVA • Weiterhin Einstellung von 1.400 Anwärtern 	+0,5 Mio.	+5 Mio.
9	Dadurch Einsparungen im Polizeibereich <ul style="list-style-type: none"> • In 2013 um 0,5% anteilig für ½ Jahr • Aufwachsend bis 2017 	-5,5 Mio.	-55 Mio.
10	Kosten bei der Landespräventionsstelle reduzieren	-7,5 Mio.	-7,5 Mio.
11	Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Betreuungsbereich Strukturverbesserungen bei den Betreuungskosten im Justizbereich		+5 Mio. -65 Mio.

12	Evaluierung von Landesprogrammen zur Betreuung von Strafgefangenen	-2 Mio.	-2 Mio.
13	Arbeitsschutz neu organisieren	-10 Mio.	-20 Mio.
14	73 Erwerbslosenberatungsstellen und 76 Arbeitslosenzentren wieder abschaffen	-2 Mio.	-2 Mio.
15	Ehrenamtlicher Behindertenbeauftragten und Patientenbeauftragten Abschaffung des Integrations-Staatssekretärs	-1 Mio.	-1 Mio.
16	Wiedereinführung sozialausgewogener Studienbeiträge zur Verbesserung der Studienbedingungen	-249 Mio.	-249 Mio.
17	Verzicht auf Genderprogramm an Hochschulen	-2,5 Mio.	-2,5 Mio.
18	Verzicht auf Initiative „Fortschritt NRW“	-10 Mio.	-10 Mio.
19	Verzicht auf beitragsfreies Kindergartenjahr	-148 Mio.	-148 Mio.
20	Belastungsausgleich Jugendhilfe (Fehlbuchung)	-74,5 Mio.	
21	Einsparungen bei Gutachten, Untersuchungen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen, Abschaffung Sozialticket, Kürzung der Zuschüsse an Bahnflächenpool NRW, ILS gGmbH, Stiftung Zollverein Eigene Schwerpunktsetzung durch Rückgängigmachen der rot-grünen Investitionskürzungen	-20 Mio.	-20 Mio.
22	Kürzungen im Umweltministerium Überflüssige Projekte und überproportionale Steigerungen bei Projektfinanzierungen, Untersuchungen, beim Naturschutz, der Landwirtschaft und bei der Umweltüberwachung	-50 Mio.	-60 Mio.
23	Abschaffung Regionalstelle Frau und Beruf	-3 Mio.	-3 Mio.
24	Kofinanzierung bei Wirtschaftsförderung optimieren <ul style="list-style-type: none"> • Landesanteil zu 5% durch Drittmittel erbringen • Aufwachsend bis 2017 Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen	-12 Mio.	-60 Mio.
25	Steuerabkommen mit der Schweiz <ul style="list-style-type: none"> • Einmalzahlung 449 Mio. Euro • Lfd. Einnahmen 116 Mio. Euro 	-569 Mio.	-116 Mio.

Effizienzsteigerungen

Die jährlichen Verwaltungsaufgaben (2,6 Mrd. Euro) lassen sich effizienter gestalten. Nur 2 Prozent weniger bringen 52 Mio. Euro im Jahr. Auch bei der Regierungs-PR lassen sich 20 Prozent einsparen, das bringt weitere 5 Mio. Euro.

Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von 60 Mio. Euro

Allgemeine Förderprogramme

Viele kleine Titel und Positionen bilden den Haushalt des Landes NRW. Förderprogramme, Projekte, Modellvorhaben, Landesinitiativen, rot-grüne Prestigeprojekte. Die CDU-Fraktion will hier kräftig den Rotstift ansetzen.

Schon ab 2006 wurden die Programme des Landes auf den Prüfstand gestellt und schrittweise um 20 Prozent gekürzt. 2011 hat Rot-Grün die Sparoperation wieder rückgängig gemacht. Wir wollen die Förderprogramme des Landes schrittweise um durchschnittlich 20 Prozent abbauen. Entweder durch konkrete Maßnahmen in einem Schritt oder pauschal in fünf Schritten zu 4 Prozent. Das bringt schon im ersten Jahr 116 Mio. Euro Einsparung.

Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von 116 Mio. Euro, ab 2017 von 580 Mio. Euro

Zinsausgaben

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus gegenüber der Haushaltsaufstellung können die Zinsausgaben im Landeshaushalt um weitere 55 Mio. Euro abgesenkt werden.

Einmalige Entlastung für den Landeshaushalt von 55 Mio. Euro

Demografie-Quote

Fachleute gehen davon aus: Bis 2060 sinkt die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von heute knapp 18 Millionen auf 15 Millionen. Gleichzeitig wird die Gesellschaft älter und bunter. Darauf müssen wir uns weiter vorbereiten. Der Bevölkerungsrückgang ist Aufgabe und Chance. Aber klar ist auch: Wenn die Bevölkerung weniger wird, können Verwaltung und Staat nicht größer werden.

In der Vergangenheit haben die Beschäftigten des Landes, insbesondere auch die Beamtinnen und Beamten, durch umfangreiche Einsparungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen. Daher steht für uns fest, dass es kein Auseinanderfallen der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst mehr geben darf. Gleichwohl können wir für eine nachhaltige und strukturelle Senkung der Neuverschuldung des Landes die Personalausgaben von den Konsolidierungsbemühungen nicht ausnehmen.

Wir wollen daher die Personalausgaben im öffentlichen Dienst begrenzen. Sie liegen heute bei fast 23 Mrd. Euro und machen rund 40 Prozent des Haushaltes aus. Jährlich sollen 1,5 Prozent der Ausgaben für Verwaltungspersonal und für den Overhead mit einer Demografie-Quote zurückgeführt werden. In den Bereichen Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung wollen wir die Begrenzung der Personalausgaben durch strukturelle Maßnahmen begleitet. Daher nehmen wir sie an dieser Stelle von den Auswirkungen der Demografie-Quote aus.

Wir wollen das unter Rot-Grün abgeschaffte Landesamt für Personaleinsatzmanagement wieder einführen und die Projekte Vorfahrt für Weiterbeschäftigung, Zentraler Stellenmarkt und Betreuung damit stärken.

Entlastung für den Landeshaushalt von 32 Mio. Euro in 2013, in 2017 von 35 Mio. Euro

Schule

- **Schulverwaltungsassistenten**

Lehrerinnen und Lehrer wollen unterrichten, aber keine Statistiken schreiben, Mittel bewirtschaften oder Sachbearbeiter-Tätigkeiten ausführen. Lehrerinnen und Lehrer wollen sich auf ihre wichtigste Aufgabe konzentrieren: Wissen an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Und damit die Qualität unseres Schulsystems wirksam zu verbessern.

Nach amtlichen Untersuchungen verbringen Lehrer heutzutage ein Zehntel ihrer Arbeitszeit mit „nichtunterrichtlichen Aufgaben.“ Dazu zählen auch zeitraubende, bürokratische Pflichten.

Deshalb wollen wir im Schulbereich „Schulverwaltungsassistenten“ flächendeckend einsetzen. Das sind Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung, die an anderen Stellen nicht benötigt werden. Sie sollen Lehrern die administrativen Aufgaben abnehmen, die sie daran hindern, ihrer eigentlichen Aufgabe nachzukommen.

Wir werden daher in 2013 600 Schulverwaltungsassistenten einstellen. Bis 2017 sollen 3.000 Schulverwaltungsassistenten flächendeckend in Nordrhein-Westfalen Lehrerinnen und Lehrer entlasten.

Nach Berechnungen der Landesregierung führen die sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren dazu, dass 470 Mio. Euro sog. „demografischer Gewinne“ im Schulbereich erzielt werden. Alle Maßnahmen die sich aus dem Schulkonsum ergeben und auch zur Verbesserung der Lehrer-Schülerrelation in allen Schulformen beitragen, sind hierbei schon berücksichtigt.

Unser Konzept sieht vor, 300 Mio. Euro dieser Demografie-Gewinne abzuschöpfen. Die Lehrer haben dann mehr Zeit für ihre Schüler, weil sie bei den Verwaltungsaufgaben entlastet werden. 170 Mio. Euro wollen wir investieren: In besseren Ganztagsunterricht und für das Gelingen der Inklusion.

***Entlastung des Landeshaushalts in 2013 um 22,5 Mio. Euro,
ab 2017 um 300 Mio. Euro, gleichzeitig 170 Mio. Euro für besseren
Ganztagsunterricht und Inklusion***

- **Verzicht auf LIUNA NRW**

Wir wollen auf 38 Stellen für das staatsnahe Landesinstitut und Unterstützungsagentur für Schule (LIUNA NRW) auf Kosten von echten Lehrerstellen verzichten, da wir mit der inhaltlichen Ausrichtung nicht einverstanden sind. Das bringt eine jährliche Einsparung von 2,5 Mio. Euro für den Landeshaushalt.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 2,5 Mio. Euro

Innere Sicherheit

Polizeibeamte gehören auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch. Da können sie mehr für die innere Sicherheit tun. Die CDU-Landtagsfraktion will Polizisten von reiner Verwaltungstätigkeit entlasten. Wer als Hauptkommissar ein Hochschulstudium absolviert hat, ist überqualifiziert, wenn er den ganzen Tag Strafzettel schreiben muss.

In den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt 1.000 zusätzliche Stellen für „Polizeiverwaltungsassistenten“ geschaffen werden. Das sind Angestellte im Polizeidienst, die helfen, Polizisten von Verwaltungsarbeit zu entlasten. So kann mehr Personal für den operativen Einsatz gewonnen werden, da wir an der gegenwärtigen Einstellungszahl von 1.400 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern pro Jahr festhalten werden. Unser Motto: Mehr fahnden, weniger verwalten.

Die CDU-Fraktion will im Polizeibereich auch weitere Tätigkeiten reduzieren, die nicht Kernaufgabe der Polizei sind: Fahrradführerschein-Prüfungen, Pkw-Bremstests an Berufsschulen, Begleitung von Schwertransporten oder Berufsberatungen.

Aufgabenreduzierung und Polizeiverwaltungsassistenten: Zusammen können so erhebliche Mittel im Landeshaushalt erwirtschaftet werden.

Entlastung des Landeshaushalts um 5 Mio. Euro in 2013, in 2017 um 50 Mio. Euro

Wir werden die Kosten der unter Rot-Grün eingerichteten Landespräventionsstelle reduzieren.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 7,5 Mio. Euro

Justizhaushalt

Die Menschen werden älter. Das ist gut. Damit steigt jedoch die Zahl der Betreuungen. Im Justizhaushalt werden dafür jährlich bereits 190 Mio. Euro aufgewendet. Das gesamte System der Betreuung muss neu organisiert werden. Auch durch mehr Ehrenamtliche. Dafür wollen wir mit 5 Mio. Euro das ehrenamtliche Engagement im Betreuungsbereich stärken und langfristig Strukturverbesserungen bei den Betreuungskosten von 65 Mio. Euro erzielen.

Mit dem Justizhaushalt werden die verschiedensten kleinteiligen Projekte zur Resozialisierung von Strafgefangenen mit fast 5 Mio. Euro gefördert. Rot-Grün hat sogar in 2011 ein weiteres Programm über 1,2 Mio. Euro aufgelegt. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wurde bislang nicht überprüft. Wir erwarten eine entsprechende Effizienzrendite.

Entlastung des Landeshaushalts in 2013 um 2 Mio. Euro, aufwachsend bis 2017 um 60 Mio. Euro.

Arbeit

- **Arbeitsschutz**

Alle Arbeitnehmer müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Arbeitsplatz so sicher ist wie möglich. Und dass im Job keine Gefahren für Leib und Leben bestehen. Dafür sorgt der Arbeitsschutz.

Staatliche Verwaltungsbehörden wie die Bezirksregierungen sind dafür in Nordrhein-Westfalen zuständig. Die Kosten für den Landeshaushalt belaufen sich auf 27 Mio. Euro im Jahr. Hier kann strukturell gespart werden.

Wir wollen diese Summe einzusparen, indem die Aufgaben des Arbeitsschutzes neu organisiert werden. Heute befassen sich sowohl der staatliche Arbeitsschutz wie auch die Berufsgenossenschaften damit. Das kann besser miteinander verzahnt werden.

Viele Aufgabenfelder überschneiden sich bereits heute. Hier können Synergieeffekte aus Doppelarbeit besser genutzt werden. Für die Unternehmen ist das von Vorteil: So entsteht weniger Bürokratie.

Dafür müssen zunächst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Berufsgenossenschaften stärker im Arbeits- und Gesundheitsschutzes tätig sein können.

- **Abschaffung der 73 Erwerbslosenberatungsstellen und 76 Arbeitslosenzentren**

Die Beratung von Langezeiterwerbs- und Arbeitslosen wird in den Hartz-IV-Gesetzgebungen geregelt. Zuständig ist der Bund. Daher bedurfte es nicht der Wiedereinführung von 73 Erwerbslosenberatungsstellen und 76 Arbeitslosenzentren in Nordrhein-Westfalen.

Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von 12 Mio. Euro aufwachsend auf 22 Mio. Euro

Beauftragte im Landeshaushalt

Wir wollen, dass die Aufgaben des Behindertenbeauftragten und des Patientenbeauftragten wieder ehrenamtlich ausgeübt werden.

Darüber hinaus soll die Zuständigkeit innerhalb der Landesregierung für das herausragende Feld der Integration wieder durch einen Landesminister übernommen werden. Der Posten eines Integrationsstaatssekretärs sowie seines Stabes können dadurch eingespart werden.

Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von 1 Mio. Euro

Hochschule

Rot-Grün wollte bei den Hochschulen den Ausfall der Studienbeiträge ausgleichen. Diese Mittel reichen hinten und vorne nicht aus. Denn die Zuweisungen basieren auf den Studierendenzahlen von 2009 und wurden seitdem nicht angepasst. Im Wintersemester 2009/10 studierten 455.000 junge Menschen an den öffentlich-rechtlichen Hochschulen. Zum Wintersemester 2013/14 wird die Zahl auf über 630.000 Studierende anwachsen.

Gerade die Hochschulen stehen vor gewaltigen Herausforderungen: Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Die rot-grüne Landesregierung hat sich darauf nicht ordentlich vorbereitet. Die eigene Verantwortung lässt sich nicht einfach nach Berlin schieben.

Die CDU-Landtagsfraktion will die Studienbedingungen an den Hochschulen verbessern. Mit den Einnahmen aus den Studienbeiträgen wird der Landeshaushalt um 249 Millionen Euro entlastet. Und für die Hochschulen gibt es insgesamt 51 Millionen Euro mehr für Forschung und Lehre.

Bessere Studienbedingungen geben Aufstiegschancen für alle. Das gilt besonders für Kinder aus Familien, die keine akademische Ausbildung haben. Deshalb brauchen wir sozial ausgewogene Studienbeiträge - mit der Möglichkeit, sie erst nach Abschluss des Studiums zurückzuzahlen. Das ist sozialverträglich und gerecht.

Und übrigens: Jeder Handwerksmeister muss seine Ausbildung aus eigener Tasche bezahlen. Hier gibt es keine Staatsfinanzierung.

***Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 249 Mio. Euro.
Stärkung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen um 51 Mio. Euro.***

Wir werden das 2011 von Frau Schulze eingeführte Gleichstellungsprogramm und Netzwerk Frauenforschung einsparen. Dabei bleibt das Professorinnenprogramm (Bund-Länder-Vereinbarung) von den Kürzungen ausgenommen.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 2,5 Mio. Euro.

Wir werden die Initiative „Fortschritt NRW“ einsparen. Die seit zweieinhalb Jahren angekündigte so genannte „Neuausrichtung“ der Forschungspolitik befindet sich immer noch in der „offenen Internet-Diskussion“.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 10 Mio. Euro.

Kinder und Jugend

Der beitragsfreie Kindergarten ist sozialpolitisch der falsche Weg. Dadurch werden weder Bildungschancen verbessert, noch besuchen mehr Kinder die Kindergärten. Wer nicht genug verdient, wird heute aufgrund der Staffelung der Elternbeiträge ohnehin nicht belastet. Somit profitieren vom rot-grünen Beitragsgeschenk vor allem Besserverdienende.

Es ist falsch, wenn die rot-grüne Landesregierung an ihrem Wahlversprechen festhält, weil dadurch vor allem höhere Einkommensschichten begünstigt werden. Die Kosten im Landeshaushalt in Höhe von 148 Mio. Euro tragen jedoch alle Steuerzahler.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 148 Mio. Euro.

Bauen und Verkehr

Im Haushalt zum Bereich Bauen und Verkehr ergibt sich ein umfangreiches Einsparpotential. Die Anschubfinanzierung für das schwach abgefragte Sozialticket ist entbehrlich. Die Zuschüsse an den Bahnflächenpool NRW, an die ILS gGmbH und an die Stiftung Zollverein können gekürzt werden. Der Grundstücksfonds des Landes muss in Zeiten knapper Kassen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Der Haushalt sieht darüber hinaus zahlreiche Ausgabepositionen für Sachverständige, Gutachten, Untersuchungen, Veröffentlichungen, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen vor, die eingespart werden können.

Gleichzeitig müssen die rot-grünen Kürzungen beim Landesstraßenausbauplan und bei den NE-Bahnen rückgängig gemacht werden. Die Ansätze für den Erhalt von Landesstraßen und den ÖPNV sind zu stärken.

Einsparungen und unsere Schwerpunktsetzung saldieren sich zu jährlichen Entlastungen für den Landeshaushalt von 20 Mio. Euro

Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das Umweltbewusstsein in Deutschland ist unbestritten sehr hoch. Das ist gut so. Die Bildungsanstrengung in den letzten Jahrzehnten war so erfolgreich, dass das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung inzwischen ein selbsttragender Prozess ist. Kurz gesagt: Ziel erreicht. Dieses gute Ergebnis eröffnet Spielräume für Mittelschichtungen und Einsparungen.

Gerade beim grünen Umweltminister Remmel gibt es viele Beispiele für überflüssige Ausgaben aus dem Landeshaushalt:

- Der Nationalpark „Teutoburger Wald“ wird nicht errichtet. Das Büro in Bad Lippspringe soll dennoch bleiben. Kostenpunkt: 126.000 Euro.
- Das Projekt „Bildungsoffensive BUND - Mehr Öffentlichkeitsarbeit für Natur, Klimaschutz vor Ort“ schlägt in den nächsten zwei Jahren mit 277.060 Euro zu Buche.
- Von 2012 bis 2015 wird der Haushalt durch Zahlungen an die „Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.“ mit 559.714 Euro belastet. Das Projekt ist nur dazu da, den strukturfeindlichen Klimaschutzplan zu verteidigen.

Diese und weitere Beispiele summieren sich auf 50 Mio. Euro. Zusätzliche Ausgaben bei Projektfinanzierungen, Untersuchungen, beim Naturschutz und bei der Umweltüberwachung sind seit 2010 um 20 Prozent angestiegen. Sie können eingespart werden. Im Bereich der Landwirtschaft kann z.B. die Förderung des Uferrandstreifenprogramms gekürzt werden.

Ausgenommen sind die notwendigen und für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Anpassungen bei den Verbraucherzentralen, den Landwirtschaftskammern, den biologischen Stationen und den Kommunen.

***Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von rd. 50 Mio. Euro,
aufwachsend auf 60 Mio. Euro***

Emanzipation

Die in 2011 vorgenommene Neuauflage der alten Regionalstellen Frau und Beruf sind das Abbild einer rückwärtsgewandten Politik von Rot-Grün.

Es ist ein positives Signal, dass Rot-Grün diesen Fehler in 2013 eingesteht und die künftige Förderung von sich aus um 2 Mio. Euro reduziert. Weil die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ kein neues Aufgabenspektrum bedienen, bleibt die hierfür noch verbleibende Förderung in Höhe von 3 Mio. Euro unbegründet. Diese ist als Festhalten an veralteten, längst abgeschafften Doppelstrukturen anzusehen.

Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 3 Mio. Euro.

Wirtschaft

Nur mit einem dauerhaft ausgeglichenen Landeshaushalt wird es zukünftig möglich sein, die wirtschaftliche Stärke und den Wohlstand unseres Landes zu erhalten.

- **Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes**

Zur Überwachung des Tariftreue- und Vergabegesetzes wird beim Wirtschaftsministerium eine Prüfbehörde bestehend aus 15 Mitarbeitern eingesetzt. Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes könnten die zusätzlichen Personal- und Sachkosten für dieses Gesetz eingespart werden.

- **Kofinanzierung bei Wirtschaftsförderung optimieren**

Bundesregierung und Europäische Kommission stellen dem Land im Jahr 2013 ca. 232 Mio. Euro zum Zwecke der Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Der Abruf dieser Mittel ist an die Bedingung geknüpft, dass das Land in gleicher Höhe eine Kofinanzierung sicherstellt.

2013 stellt die Landesregierung weniger Mittel zur Kofinanzierung der Bundesmittel für die Wirtschaftsförderung bereit. Die Landesregierung hat eingeräumt, dass die von ihr vorgesehene Kürzung bei der Kofinanzierung allein darauf beruht, dass nach ihrer Erfahrung nicht alle Mittel abfließen.

Wir wollen die Kofinanzierung der Wirtschaftsförderung optimieren und prüfen, bei welchen Projekten in welcher Höhe die vom Land zu erbringende Kofinanzierung durch Sachleistungen ohne Mehrbelastung für den Landeshaushalt oder durch Drittmittel ersetzt werden kann. Bereits im Haushaltsjahr 2013 sollen 5% der Mittel anderweitig ersetzt werden. Bis 2017 streben wir einen teilweisen Ersatz der landesseitigen Kofinanzierung um 25% an.

***Jährliche Entlastung für den Landeshaushalt von 12 Mio. Euro aufwachsend
auf 60 Mio. Euro***

Steuerabkommen Schweiz

SPD-Fraktionschef Steinmeier im Klartext: „Die SPD will keine dauerhafte Praxis mit zugespielten Steuer-CDs. Wir werden nach einem Wahlsieg ein eigenes Schweizer Steuerabkommen aushandeln.“ (Spiegel online, 16. Januar 2013)

Dieser SPD-Wahlsieg ist Steinmeiers Wunschtraum. Das Zitat macht aber deutlich: Spätestens nach der Bundestagswahl 2013 wird es ein Steuerabkommen mit der Schweiz geben. CDU/CSU und FDP haben sich im Deutschen Bundestag schon dafür eingesetzt. Das fertig ausgehandelte Abkommen mit der Schweiz lag auf dem Tisch. Und ist von Rot-Grün aus parteitaktischen Gründen blockiert worden.

Für Nordrhein-Westfalen ist das Abkommen von großer Bedeutung: Jährlich können dem Landeshaushalt 120 Mio. Euro zufließen, im ersten Jahr sogar zusätzliche 449 Mio. Euro.

Die rot-grüne Landesregierung betreibt parteipolitische Spielchen, wenn sie das Abkommen im Bundesrat blockiert. Das wirkt sich zum Nachteil des nordrhein-westfälischen Steuerbürgers aus.

Nur mit dem Ankauf von Steuer-CDs lässt sich der Landeshaushalt auf Dauer nicht sanieren. Das ist ein vordergründiges und durchsichtiges PR-Manöver von Finanzminister Walter-Borjans.

***Einmalige Entlastung des Landeshaushalts in 2013 um 449 Mio. Euro.
Jährliche Entlastung des Landeshaushalts um 120 Mio. Euro.***